## PRESSEMITTEILUNG



# Industrialisierung im Fleischsektor geht weiter – BUND Naturschutz kritisiert falsche Weichenstellung durch geplante Schlachthofschließungen bei VION

Der BUND Naturschutz (BN) befürchtet durch die weitere Konzentration auf immer weniger Schlachtstätten das längerfristige Aus für die kleinere Tierhaltungsstruktur in Bayern. Der holländische Fleischkonzern VION, zweitgrößtes Unternehmen der Fleischbranche in Deutschland mit einem geschätzten Jahresumsatz von 3,9 Milliarden Euro, plant auch im Süden Deutschlands weitere Schlachthofschließungen. Betroffen sind die Schlachthöfe in Pfarrkirchen, Straubing und Leutkirch. Ausgebaut werden sollen dagegen die Standorte Landshut, Vilshofen und Waldkraiburg.

"Die Tendenz zu wenigen, spezialisierten, großen Schlachtstätten in der Hand weniger Großkonzerne schwächt die Marktposition der Landwirte und die mittelständischen Verarbeitungsstrukturen - das Metzgerhandwerk - und beschleunigt die Tendenz zu großindustriellen Tierhaltungsstrukturen auch in Bayern", kritisiert Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND Naturschutz in Bayern (BN). Das Tierwohl leidet, wenn die Transporte länger dauern und immer größere Tierbestände in immer kürzerer Zeit getötet werden.

Im Bereich Landshut gibt es bereits wachsenden Unmut in der Bevölkerung und mehrere Bürgerinitiativen, die sich gegen die Umweltbelastung durch neue große Schweinemastställe zur Wehr setzen.

Zwangsläufige Konsequenz der weiteren Konzentration der Schlachthöfe ist, dass die Tierbestände ebenfalls immer größer werden, weil große Schlachthöfe kleine Tierzahlen nur gegen höhere Gebühr abnehmen. Dieser Stückkosten-Prozess, der in der Industrie zu Vorteilen führt, ignoriert, dass es sich bei der Landwirtschaft um einen Wirtschaftszweig handelt, der in allen Bereichen mit Leben zu tun hat. Regionale, an die vorhandene Landwirtschaftsfläche angepasste Strukturen bleiben auf der Strecke. "Was wir brauchen ist ein Umdenken auch in der Fleischbranche", so Weiger, "weg von Massenproduktion für Exportmärkte zu Tiefstpreisen auf Kosten des Tierwohls, landwirtschaftlicher Existenzen und mittelständischer Metzgerfachgeschäfte, hin zu einer artgerechten Tierhaltung und zur Stärkung regionaler Verarbeitungsstrukturen. Hier ist die Politik gefordert, durch die Unterstützung von Metz-

#### Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
Ifg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg,28.8.2014 PM 087-14/LFG Landwirtschaft

## PRESSEMITTEILUNG



### gerschlachthöfen regionale Produktions- und Verarbeitungsstrukturen wieder zu stärken."

Die Exportorientierung ist verbunden mit einem globalen Preiskampf, der auf Kosten der bäuerlichen Betriebe ausgetragen wird.

Der BN sieht eine Chance für die handwerkliche Fleischverarbeitung in Metzgerbetrieben, die konsequent eine artgerechte Haltung von Mastschweinen mit Stroheinstreu und gentechnikfreier Fütterung aufbauen sollten. Nach Angaben von Branchenexperten würde der Mehrpreis für Schweinhaltung auf Stroh lediglich 40 Cent pro kg Schweinefleisch ausmachen, was den Verbrauchern vermittelt werden kann.

Der BN weist auf jüngste erschreckende Erkenntnisse im Bereich der industriellen Schweinehaltung hin, die haltungsbedingte schmerzhafte chronische Schleimbeutelentzündungen bei 90% der Mastschweine aus Spaltenbodenhaltung nachweisen. (Doktorarbeit am Lehrstuhl für Lebensmittelsicherheit der tierärztlichen Fakultät der Uni München, noch nicht veröffentlicht)

Von den 58 Millionen Schweinen, die jährlich in Deutschland geschlachtet werden, werden 25% exportiert. Damit ist Deutschland hinter China und USA der weltweit drittgrößte Exporteur von Schweinfleisch zu Niedrigstpreisen, die mit massiven Umwelt- und Sozialschäden verknüpft sind.

Für Rückfragen Marion Ruppaner BN Agrarreferentin BN Landesfachgeschäftsstelle Nürnberg 0911 81 87 8 - 20/21/0 marion.ruppaner@bund-naturschutz.de

#### Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
Ifg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg,28.8.2014 PM 087-14/LFG Landwirtschaft